

Beteiligung statt Förderung

Nordfriesische Bürger finanzieren schnelles Breitband

(BS/ein) Löwenstedt. Das liegt im südlichen Nordfriesland etwa 20 Kilometer von der Kreisstadt Husum entfernt. Der 650 Seelen zählende Ort ist derzeit Schauplatz des ersten Bürgerbreitbandnetzes in der Bundesrepublik. Was das heißt? Die Bewohner des dörflichen Gebietes an der schleswig-holsteinischen Nordseeküste finanzieren den Ausbau des Internets mit ihren Kommunen auch aus eigener Tasche.

„Sechzehn von 22 Kilometern sind schon gebaut“, erklärt *Ute Gabriel-Boucein*. „Wir haben in Löwenstedt angefangen, weil die Bewohner extrem unterversorgt waren und Synergien bei der Mitverlegung der örtlichen Wärmeversorgung genutzt wurden.“ Die Geschäftsführerin und Mitbegründerin der Bürgerbreitbandnetz GmbH & Co. KG spricht über Verbindungsgeschwindigkeiten von teils unter einem Megabit pro Sekunde (Mbit/s). „Das ist weniger als die von der Bundesregierung definierte Grundversorgung von zwei Mbit/s.“

Anschlussquote muss stimmen

Die erste Breitbandleitung soll von der kleinen Gemeinde bis ins Gewerbegebiet von Husum, der Kreisstadt Nordfrieslands, verlaufen. „Bis zum Ende des Jahres sollen 223 der knapp 250 Haushalte angebunden werden – das entspricht einem Anteil von 90 Prozent. Eine durchschnittliche Quote von ca. 80 Prozent wünscht man sich für die anderen Teile des etwa 900 Quadratkilometer großen Ausbaubereichs. Rund 52.000 Einwohner und 27.000 Haushalte will man ans High-Speed-Netz anschließen. „Schon ab einer Anschlussquote von 68 Prozent rechnet sich der Ausbau“, sagt *Gabriel-Boucein*. „Das hat der Businessplan ergeben.“ In sieben Abschnitten sollen die Breitbandkabel verlegt werden. Die 59 Gemeinden der Ämter Eiderstedt, Nordsee-Treene und Viöl sowie die Stadt Tönning, das Gewerbegebiet Ost und der Ortsteil Schobüll in Husum sollen innerhalb der nächsten

sieben Jahre (2013 – 2019) alle ans Netz gehen. Das kostet rund 70 Millionen Euro. „Davon müssen wir 22 Millionen Euro durch Eigenkapital selbst aufbringen.“ Mit „wir“ meint *Gabriel-Boucein* Bürger, Kommunen, Firmen und weitere Interessenten. „In knapp sieben Monaten hat sich die Zahl der Gesellschafter schon von 201 auf knapp 860 vervierfacht.“ Ein Viertel der bisher zwei Millionen Euro ist durch die Kommunen, der Rest durch die Bürger und Firmen eingebracht worden. Privatleute und Firmen müssen dafür mindestens 1.000 Euro anlegen, Beteiligungen von Gebietskörperschaften seien wünschenswert in Höhe von 10.000 Euro, sagt *Gabriel-Boucein*. Die meisten der 59 Kommunen hätten sich an der Breitbandgesellschaft beteiligt. Dabei besäßen manche Kleinstgemeinden gerade einmal einen Haushalt, der der Mindesteinlage entspreche.

Gabriel-Boucein ist sich sicher, dass alle Bedarfe an breitbandigem Internet befriedigt werden können. 50 Mbit/s im Download und fünf Mbit/s im Upload sollen es sein. „Oder schneller“, sagt die 42-Jährige. „Wir bauen das sogenannte Fiber to the Building. Die Glasfaserkabel werden dabei bis zum Gebäude verlegt.“ Die fast optimale Variante also, bei der nur noch die hauseigene Verkabelung – LAN-Verbindungen oder Kupferleitungen – selbst gelegt werden muss.

„Beihilfe bindet sehr“

Grundsätzlich hätte man auch einen öffentlichen Zweckverband bilden und sich um staatliche Fördergelder bemühen können,



Im südlichen Nordfriesland will die Bürgerbreitbandnetzgesellschaft auch die kleinsten Gemeinden mit breitbandigem Glasfasernetz erschließen. Im Bild: der Leuchtturm Westerhever zwischen St. Peter-Ording und Husum.

Foto: BS/Hans Peter Dehn/Pixello

so *Gabriel-Boucein*. Die Fördermittel in Schleswig-Holstein seien schon reizvoll gewesen. „Wir haben uns trotzdem bewusst dagegen entschieden, denn die öffentlichen Fördergelder hätten uns erst einmal sehr gebunden.“ Die vielen zu beachtenden Statuten stellen aus Sicht der Geschäftsführerin die Übernahme von Lehrrohren, die durch die Kommunen verlegt wurden, infrage: „Die Gemeinden müssen die Nutzung der Leerrohre ausschreiben und das dauert alles ewig. Man muss die ganzen Bewilligungsbescheide abwarten, verliert dadurch Zeit und hat darüber hinaus zusätzliche Beratungskosten.“ Nach der positiv ausgefallenen Machbarkeitsstudie sei die Gründung einer privatrechtlichen GmbH & Co. KG die bessere Alternative gewesen: „Natürlich orientieren auch wir uns nun am Markt und holen unterschiedliche Angebote für unsere Beschaffungsmaßnahmen ein.“

Wir müssen aber keine langwierigen EU-Ausschreibungsverfahren durchführen.“ Für Fördergelder der Landesinvestitionsbank könne man sich gleichwohl noch bewerben.

Bis zu 4,5 Prozent Rendite

Neben den begonnenen Bauarbeiten schließt die Breitbandgesellschaft jeweils vor Ausbau der jeweiligen Gemeinden weitere Verträge mit den Bürgern ab. Teilnehmer der Bürgerbreitbandgesellschaft erhalten einen vergünstigten Anschlusspreis, der endgültig allerdings erst feststeht, wenn klar ist, wie hoch die tatsächliche Anschlussquote der Haushalte ist. Weiterhin stehe man auch mit den Banken in Verhandlungen – die 48 Millionen Euro Fremdkapital wollen erst einmal beschafft werden. „Die Bürger und Kommunen erhalten als EK-Geber mindestens 2,5 Prozent und maximal 4,5 Prozent Verzinsung.“